

## **Positionspapier österreichischer Städte zur Umsetzung zur EU-Regionalpolitik 2014+ *Kurzfassung – Policy Paper***

### **1 Ausgangslage**

Im März 2010 hat die Europäische Kommission die Mitteilung „Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ veröffentlicht, die als Grundlage für die EU-Politiken der nächsten Jahre dienen wird. Auch gibt es Anzeichen, dass sich die künftige Kohäsionspolitik verstärkt an der 2020-Strategie orientieren wird. Vorliegendes Dokument legt die Position des Österreichischen Städtebundes zur EU-Regionalpolitik vor dem Hintergrund der 2020-Strategie dar.

### ***Aktuelle Lage der Städte in Europa***

Städte waren immer Orte der Innovation, Integration und Zentren der Wirtschaft. Aktuell leben bereits mehr als 70 Prozent der europäischen und 65 Prozent der österreichischen Bevölkerung in urbanen Räumen und der Trend zum Zuzug in die Städte hält weiter an. Städte und Stadtregionen werden daher noch stärker als bisher die Motoren einer nachhaltigen regionalen Entwicklung bleiben und weiterhin in besonderem Maße gefordert sein, ihren Beitrag zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum in Europa zu leisten.

Aktuell steht Europa einer ökonomischen Krise gegenüber, deren weitreichende negative Auswirkungen derzeit noch schwer abzuschätzen sind. Viele Auswirkungen der Krise, wie erhöhte Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Probleme unterschiedlicher Intensität belasten die Städte als Zentren der Wirtschaft, was insbesondere auch Auswirkungen auf die ohnehin sehr angespannten Haushaltslagen der europäischen Kommunen hat. Zudem wird durch die Ausgaben für die nationalen Finanzmarktrettungspakete davon auszugehen sein, dass nationale Förderungen für städtische Infrastrukturen mit weiteren drastischen Kürzungen rechnen müssen. Gleichzeitig verlangen mittel- bis langfristige gesellschaftliche Herausforderungen, wie Globalisierung, Energieknappheit, Migration und demographischer Wandel innovative, nachhaltige Lösungsansätze. Wollen die Städte all diesen Aufgaben gewissenhaft nachkommen, sind sie mit zusätzlichen Ausgaben und finanziellen Belastungen konfrontiert.

Die Europäische Union verfügt über keine übergeordnete Kompetenz im Bereich der Städtepolitik. Allerdings sind Städte einerseits von entscheidender Bedeutung für den Erfolg zahlreicher EU-Politiken und andererseits unmittelbar von deren Auswirkungen betroffen. Im Vertrag von Lissabon wird zudem bekräftigt, dass die

Entwicklung der EU-Politiken unter Einbeziehung und Mitwirkung der lokalen Ebene zu erfolgen hat.

Eine wesentliche stärkere Beachtung der „städtischen Dimension“ in den EU-Politiken sowie ein solidarischer Lastenausgleich auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene sind daher dringend erforderlich.

## **2 Die Forderungen der österreichischen Städte vor dem Hintergrund der nächsten Kohäsionsfondsperiode**

Jede zukünftige EU Kohäsionspolitik sollte auf den Prinzipien Subsidiarität und territoriale Solidarität beruhen und den Zusammenhalt der Europäischen Union fördern. Die Kohäsionspolitik soll jedenfalls eine eigenständige Politik bleiben und sich keineswegs kurzfristigen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen unterordnen.

In den europäischen Städten konzentrieren sich die Auswirkungen sektoralpolitischer Entscheidungen der EU räumlich und werden zunehmend „spürbar“. Diese EU-Politiken sollen durch eine intensivere Berücksichtigung der Erfordernisse von Städten in folgenden Punkten verstärkt „Stadt finden“, sichtbar gemacht und von den BürgerInnen vor Ort mitgetragen werden.

1. Beibehaltung der Ziel 2-Gebietsförderung
2. „Städtische Dimension“ als fester Bestandteil des rechtlichen und strategischen Rahmens für die Kohäsionspolitik verankern:
  - Aufnahme verpflichtender Kapitel zur „Städtischen Dimension“ in relevante Dokumente der EU und der nationalen Ebene beispielsweise in die Umsetzungsberichte zur Europa 2020-Strategie, in die Kohäsionsberichte, in Papiere der Makroregionen-Strategien (Beispiel: Donauraum) etc.
  - Einheitliche Definition des Begriffs „Städtische Dimension“ auf EU-Ebene
  - Standardmäßige Überprüfung der direkten und indirekten Auswirkungen von EU-Politiken auf Städte im Rahmen einer verpflichtenden „Städteverträglichkeitsprüfung“ (urban impact assessment)
  - Verpflichtende Einbeziehung der Städte in die Planung, Ausstattung und Implementierung der nationalen und regionalen Operationellen Programme des EFRE<sup>1</sup>.
3. Finanzielle Konzentration von Strukturfondsförderungen in Städten zur Implementierung integrierter urbaner Entwicklungsstrategien mit flexiblen Gebietsabgrenzungen. Diese sollen sowohl auf räumlich begrenzte innerstädtische Entwicklungsgebiete als auch auf die Gesamtstadt und funktionale Stadtregionen

---

<sup>1</sup> Die Finanzierungsinstrumente der EU Regionalpolitik umfassen derzeit drei Strukturfonds: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds.

ausgerichtet sein.

4. Weiterentwicklung des Mainstreamings der städtischen Dimension in den Strukturfondsprogrammen
  - Widmung eines Mindestanteils von 25 Prozent der EU-Strukturfondsförderungen der Periode 2014+ explizit für Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung („earmarking“)
  - Erleichterungen im Einsatz innovativer EU-Finanzierungsinstrumente (z.B. revolving Stadtentwicklungsfonds) nach dem Beispiel JESSICA
  - Möglichkeit der Verzahnung verschiedener EU-Strukturfonds (EFRE + ESF) in der Programmumsetzung zur Wirkungssteigerung integrierter städtischer Maßnahmen
  - Möglichkeit und Nutzung von Globalzuschüssen für Städte - wie in der derzeitigen Strukturfondsverordnung in Art. 37 (b) vorgesehen – mit lokaler Mittelverwaltung und -kontrolle.
  - Optionen zur Kofinanzierung auch durch Private
5. Abgestimmte Entwicklung einer „Agglomerationsentwicklungsstrategie“ auf nationaler und europäischer Ebene gemeinsam mit den städtischen und regionalen Akteuren, welche beispielsweise auf spezifische Investitions- und Fördermaßnahmen, auch im Rahmen der Sektorpolitiken, im Dienste leistungsfähiger Stadtregionen fokussiert.
6. Anreize und bessere (gesetzliche) Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Städten mit ihrem Umland sowie aller Verwaltungsebenen und relevanten AkteurInnen in einer funktionalen Region, etwa durch innovative, maßgeschneiderte Governance Lösungen. Darunter wäre beispielsweise die Entwicklung von Anreizsystemen für kooperative Strukturen/Projekte im Rahmen des Finanzausgleichs oder im Rahmen der Infrastrukturförderung des BMVIT zu verstehen
7. Spürbare administrative Vereinfachungen, Straffung von Verfahrensabläufen und Bürokratieabbau im Bereich der EFRE-Förderabwicklung auf EU-, nationaler und regionaler Ebene
  - Weitere Vereinfachung der nationalen Förderfähigkeitsregeln, v.a. in Bezug auf Personalkosten (z.B. Festsetzung nationaler Standardstundensätze für Verwendungsgruppen)

8. Weiterentwicklung der URBACT-Städtenetzwerke<sup>2</sup>
  - Verstärktes Augenmerk auf die Umsetzung integrierter Methoden und Möglichkeiten der Förderung von Pilotvorhaben
  - Spezielle Förderung von lokalen URBACT Unterstützungsstrukturen
  - Anreizsysteme für die Übernahme von Lead-Partnerschaften durch Städte
9. Verstärkte und systematische Durchführung von Studien zu städtischen Themen im Rahmen von ESPON<sup>3</sup>, um eine verbesserte europaweite Datenlage bzw. Grundlage für städtische Strategien zu erzielen.
10. Regelmäßige Abhaltung „Europäischer Städteforen“ in Anlehnung an das erste EU-Städteforum, das 1998 in Wien stattfand.

*Dieses Papier entstand auf Grundlage der Ergebnisse des Arbeitskreises „europäische Städtepolitik“ – im Auftrag des Raumordnungsausschusses des Österreichischen Städtebundes unter Mitarbeit von:*

*Stadt Graz (Mag. Nussmüller, DI Ablasser, DI Benedikt)*

*Stadt Krems an der Donau, DDI Jochen Schmid*

*Stadt Salzburg (Dr. Schmidbauer)*

*Stadt Wien (DI Frey, MD-Stadtbaudirektion; MA 18, DI Madreiter, DI Rosenberger, Mag.*

*Lichtenegger; MA 27, Mag. Troper)*

*KDZ (Mag.<sup>a</sup> Schantl, Mag. Prorok)*

*Redaktion DI Schwer, ÖStB*

**Das vollständige Papier kann auf der Homepage des Österreichischen Städtebunds ([www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)) abgerufen werden.**

Wien 29. November 2010

---

<sup>2</sup> URBACT ist ein Europäisches Austausch- und Lernprogramm zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Das Programm unterstützt Städte, gemeinsam Lösungen für städtische Herausforderungen zu erarbeiten und bekräftigt die Schlüsselrolle der Städte bei der Bewältigung wachsender komplexer und sozialer Veränderungen.

<sup>3</sup> ESPON (European Spatial Planning Observation Network), Europäisches Raumberechnungsnetzwerk  
ESPON ist ein Netzwerkprogramm, das sich mit der Raumberechnung, Datenanalyse und -bereitstellung auf europäischer Ebene beschäftigt.